

Margit Mayer, Thomas Greven

---

## Die USA nach dem 11. September 2001 The War at Home

Per Exekutiv-Verordnung hat US-Präsident George W. Bush seiner Administration die Möglichkeit eröffnet, Nicht-Staatsbürger vor nicht-öffentlichen Militärtribunalen anzuklagen und zu verurteilen, wenn sie terroristischer Akte verdächtig werden (Toner/Lewis 2001). Zwar haben sowohl Mitglieder des Kongresses wie der Demokratische Mehrheitsführer im Senat, Tom Daschle (South Dakota), als auch Bürgerrechtsorganisationen wie das Center for Constitutional Rights (New York) die Verfassungsmäßigkeit der Verordnung angezweifelt, aber der Eindruck des permanenten Ausnahmezustands seit den Anschlägen vom 11. September wird deutlich verstärkt: im Kampf gegen den Terror werden die klassisch-amerikanischen demokratischen Rechte und Freiheiten geopfert, um deren Verteidigung es doch angeblich geht. Die Administration rechtfertigt ihren Schritt mit dem Verweis darauf, dass die USA sich im Kriegszustand befänden.

Während außenpolitisch das hinlänglich bekannte und der Herausforderung des internationalen Terrorismus deutlich unangemessene US-amerikanische Militärrepertoire zum Einsatz kommt (vgl. den Beitrag von Young/Hegelich in diesem Heft), und vor allem die Hilflosigkeit gegenüber den Entstehungsbedingungen des islamistischen Terrorismus deutlich wird, wird innenpolitisch mit dem Hinweis auf den Kriegszustand massiv in Richtung eines Sicherheitsstaates umgebaut: nur auf diesem Terrain scheint man aus den Vietnam-Erfahrungen Lehren ziehen zu wollen.

Die Anthrax-Briefe und die ständigen regierungsamtlichen Warnungen vor weiteren Terroranschlägen tun ihr Übriges, um die Angst in der Öffentlichkeit akut und den Kongress gefügig zu halten. Die großen Medien haben sich dem Programm der nationalen Einheit in der Krise weitgehend untergeordnet und betreiben die Uniformierung der öffentlichen Meinung. Kritik an der US-Außenpolitik und an den innenpolitischen Anti-Terror-Maßnahmen gilt schnell als Ausdruck mangelnden Patriotismus.

Die USA haben in ihrer Geschichte schon einige Perioden der panischen Auseinandersetzung mit außen- und innenpolitischen – tatsächlichen und

eingebildeten – Bedrohungen durchlebt; sprichwörtlich steht dafür der „McCarthyism“. Die politische Machtbalance verschob sich jeweils zugunsten der Regierungen und immer nutzten diese die Gelegenheit, um unliebsame Kritiker und Oppositionelle zu marginalisieren. Aber die Machtbalance wurde nach einer Weile wieder hergestellt; der Kongress schritt ein, Verfassungsklagen führten vor dem Supreme Court zum Erfolg, oder soziale Bewegungen setzten die Regierung unter Druck. Das für die amerikanische politische Kultur so charakteristische Regierungsmißtrauen setzte sich durch. Können wir heute, da selbst der konservative Kommentator William Safire dem Präsidenten Tyrannei vorwirft (Safire 2001), auf dieses Regierungsmißtrauen hoffen? Kommt nach der Einigkeit im Krieg die gesellschaftliche Debatte? Warten diejenigen schon in den Startlöchern, die die Verfassungsmäßigkeit der neuen Sicherheitsgesetze untersuchen werden? Oder haben wir es nach der Durchsetzung des Wunschzettels konservativer Politiker mit einem Paradigmenwechsel in der US-Innenpolitik zu tun?

Die Antworten auf diese Fragen müssen warten. Unser Beitrag beschreibt die innenpolitischen Maßnahmen und Debatten im Gefolge des 11. September, um eine Basis für die Analyse der Entwicklung der amerikanischen Demokratie zu schaffen.

## Der USA PATRIOT Act

Am 26. Oktober 2001 unterzeichnete Bush das „Patriotengesetz“ (USA PATRIOT Act ist die Abkürzung für „*Uniting and Strengthening America By Providing Appropriate Tools Required To Intercept and Obstruct Terrorism*“)<sup>1</sup> – ein Gesetzespaket, das die Ermittlungs- und Strafverfolgungskompetenzen der Exekutive enorm ausweitet und die Grundlage für einen Inlandsgeheimdienst von nie dagewesener Größe und technologischer Leistungsfähigkeit schafft. Insbesondere Immigranten und Besucher der USA sind durch diese Kompetenzerweiterung und die ebenso breite wie vage Definition von Terrorismus gefährdet, aber auch für amerikanische Staatsbürger ergeben sich gravierende Beschränkungen ihrer bürgerlichen Freiheiten.

Nicht nur der Inhalt des Entwurfs, sondern auch die Art und Weise, wie er in nur sechs Wochen förmlich durch den Kongress gepeitscht wurde, brechen mit amerikanischen demokratischen Traditionen. Weder wurden in angemessenen öffentlichen Anhörungen in den zuständigen Ausschüssen auch kritische Stimmen gehört, noch fanden ausführliche Debatten in den zwei Kammern statt. John Ashcroft, der Justizminister, hatte ursprünglich sogar

---

1 Seit dem „Contract with America“ 1994 werden republikanische Gesetzesprojekte häufig mit fantasievollen und suggestiven Namen versehen. So hieß damals ein Steuersenkungspaket „American Dream Restoration Act“ und die Sozialhilfe-Reform „Personal Responsibility and Work Opportunity Reconciliation Act“.

gefordert, dass der Kongress das von ihm vorgeschlagene Maßnahmenbündel binnen einer Woche und ohne Änderungen verabschiede.

Statt des langwierigen Weges durch die Ausschüsse – der auch allen betroffenen Behörden Gelegenheit gegeben hätte, sich zum Gesetzesvorschlag zu äußern – fanden unter der Führung des Vorsitzenden des Rechtsausschusses des Senats, Patrick Leahy (Demokrat, Vermont), intensive Verhandlungen mit dem Justizministerium statt, in denen einige Änderungen und Abmilderungen erreicht werden konnten. Auch im Repräsentantenhaus kam es zu substantziellen Verbesserungen der Vorlage dank der Verhandlungen des Vorsitzenden des Rechtsausschusses, F. James Sensenbrenner (Republikaner, Wisconsin) und seines Demokratischen Kollegen John Conyers (Michigan). Weitere Revisionen sollten im Ausschuss debattiert werden, bevor die Vorlage zur Abstimmung gestellt werden sollte.

Justizminister Ashcroft setzte jedoch Repräsentantenhaus und Senat mit der Warnung vor weiteren bevorstehenden terroristischen Attacken unter Druck: Der Kongress hätte es zu verantworten, wenn die Regierung auf diese nicht vorbereitet sei. In einer nächtlichen Sitzung der zuständigen Senatsausschüsse wurde eine überparteiliche Vorlage erarbeitet, die auf die vorher durchgesetzten Konzessionen wieder verzichtete und die Kompromissversion des Repräsentantenhauses ignorierte. Der Demokratische Mehrheitsführer Tom Daschle (South Dakota) brachte diese Vorlage zur Abstimmung und bat um den „unanimous consent“<sup>2</sup> des Senats, auf Debatte und Änderungsanträge zu verzichten. Nur der Demokratische Senator Russell Feingold aus Wisconsin erhob Einspruch. Man gewährte ihm, drei Änderungsanträge einzubringen. Diese wurden schnell abgelehnt. Die Senats-Vorlage wurde mit 99 zu 1 Stimmen verabschiedet.

Auch im Repräsentantenhaus wurde in nächtlicher Sitzung ein ähnlicher Text in Windeseile zur Abstimmung gebracht. Mit nur 3 Republikanischen und 75 Demokratischen Gegenstimmen wurde die Vorlage am Freitag, dem 12. Oktober 2001, verabschiedet. Da die Parlamentarier vor ihrer Abreise ins Wochenende erstaunlicherweise nicht Sorge trugen, dass ein Vermittlungsausschuss die geringfügigen Unterschiede bereinigte, verzögerten sich die Abstimmungen über die endgültige Version des USA PATRIOT Acts. Eine Debatte gab es wiederum nicht. Mit der einzigen Einschränkung, dass über die Überwachungsbestimmungen in vier Jahren erneut im Kongress abgestimmt werden muss, wurde das Anti-Terror-Gesetz am 24.10. im Repräsentantenhaus (356:66) und am 25.10. im Senat (wiederum lediglich gegen die Stimme von Senator Feingold, 98:1) verabschiedet, und am 26.10. von Präsident George

---

2 „Unanimous consent“ (ungeteilte Zustimmung) ermöglicht im Senat einen reibungslosen Debattenverlauf. Anders als das stärker verregelte Repräsentantenhaus sieht der Senat grundsätzlich unbegrenztes Rederecht und Einbringen von Änderungsanträgen vor. Der Einspruch eines Senators genügt, „unanimous consent“ aufzuheben.

W. Bush unterzeichnet (Krim/Harrow 2001; Wall Street Journal 2001). Sowohl die Mitglieder des Kongresses, die gegen das Maßnahmenpaket gestimmt hatten, als auch Bürgerrechtsorganisationen wie die American Civil Liberties Union monierten sofort, dass das Gesetzespaket nicht als angemessene Reaktion auf die Ereignisse des 11. September und schon gar nicht auf der Basis einer Analyse der Gründe für das unglaubliche Geheimdienstdebakel entwickelt wurde (Feingold 2001; Halperin 2001). Vielmehr seien unter dem Eindruck der terroristischen Anschläge eilig und ohne gründliche Debatte Maßnahmen durchgesetzt worden, die die konservativen Rechtspolitiker seit langer Zeit in der Schublade hatten. Die Bush-Regierung hätte sich jedem Bemühen, legitime Sicherheitsbedürfnisse und Freiheitsrechte stärker aufeinander abzustimmen, verweigert.

Worin besteht im Einzelnen das Bedrohliche an diesem Gesetz? Während die Medien vor allem die neue Internet-Überwachung und das „vagabundierende“ Anzapfen von Telefonen betonten, erlauben einige weniger breit in der Öffentlichkeit diskutierte Bestimmungen des Gesetzes gravierende Veränderungen bei FBI, CIA und verschiedenen Behörden des Finanzministeriums. Vor allem ermöglicht das Gesetz, dass sich die primäre Aufgabe des FBI verschiebt – weg von der Verbrechensaufklärung hin zum Inlandsgeheimdienst. Auch das Finanzministerium wird beauftragt, einen auf Finanztransaktionen gerichteten Nachrichtendienst aufzubauen, dessen Daten dem CIA zugänglich sein sollen. Der CIA wird erstmals die Vollmacht haben, innerhalb der USA Überwachungsoperationen des FBI zu beeinflussen und Daten zu erhalten, die durch Geschworenengerichte<sup>3</sup> und Lauschangriffe gewonnen wurden. Während einerseits Finanzministerium und CIA Kompetenzerweiterungen in der Terrorbekämpfung erfuhren, die die Autonomie des FBI partiell beschnitten, vergrößert sich gleichzeitig die Macht des FBI, und zwar in Richtung des Modells, dass in den 1950er und 1960er Jahren unter FBI-Direktor J. Edgar Hoover herrschte. Gleichzeitig werden alle drei Behörden mehr in Richtung eines einzigen Systems gedrängt, in dem bundespolizeiliche und geheimdienstliche Befugnisse verschmolzen sind (Eggen/McGee 2001). „Wir werden einen FBI haben, der geheimdienstliche mit polizeilichen Mitteln und Kompetenzen verbindet,“ sagte der Stellvertretende Generalbundesanwalt Michael Chertoff, der die Ermittlungen zu den Attacken vom 11. September leitet (zitiert in: McGee 2001).

Artikel 218 des USA PATRIOT Act ergänzt den *Foreign Intelligence Surveillance Act* (FISA)<sup>4</sup> dergestalt, dass das FBI nun Durchsuchungen oder Lausch-

3 Das Gesetz gibt dem CIA nie dagewesenen Zugriff auf das stärkste Ermittlungsinstrument im Arsenal der Bundespolizei: das Geschworenengericht. Diese Gerichte haben gemäß des *Foreign Intelligence Surveillance Act* (s. FN 4) fast unbegrenzte Macht, Beweise im geheimen zu sammeln.

4 Der *Foreign Intelligence Surveillance Act* (FISA) wurde nach den Missbräuchen des CIA

angriffe durchführen kann, um Beweismittel für ein Verbrechen zu erlangen, ohne einen Anfangsverdacht darlegen zu müssen. Eine bloße geheimdienstliche Vollmacht genügt – auch wenn die überwachten bzw. belauschten Personen US-Bürger sind. FBI-Agenten können die entsprechenden Durchsuchungsbefehle bzw. richterlichen Anordnungen nun mit bloßem Verweis auf die geheimdienstliche Ermittlung erhalten sowie jede Person und jedes Unternehmen zwingen, gewünschte Unterlagen, Dokumente, oder Gegenstände herauszugeben. Richter haben dabei keinen Ermessensspielraum mehr: wenn das FBI in seinem Antrag behauptet, es suche Material für eine geheimdienstliche Ermittlung, muss er oder sie die richterliche Anordnung für die Beschlagnahme erlassen. Waren bislang zureichende tatsächliche Anhaltspunkte für eine Straftat Voraussetzung für eine Ermittlung durch das FBI, so darf es jetzt drauf los ermitteln und ohne konkreten Verdacht abhören und durchsuchen, bis etwas Strafbares gefunden wird.

Das Justizministerium versuchte, die Verfassungsmässigkeit des Artikels 218 in einem Schreiben an die Vorsitzenden der Rechtsausschüsse des Repräsentantenhauses und des Senats mit der erstaunlichen Behauptung zu rechtfertigen, dass die Exekutive die inhärente Befugnis besitze, Spionageabwehr ohne richterliche Vollmacht zu betreiben. Daniel Bryant, stellvertretender Generalbundesanwalt im Justizministerium, argumentierte:

„Als Oberbefehlshaber muss der Präsident in der Lage sein, die Mittel anzuwenden, die notwendig sind, um Angriffe auf die Vereinigten Staaten abzuwehren; diese Macht schließt die Befugnis ein, alle Daten und Informationen zu sammeln, die für die effektive Ausübung dieser Macht notwendig sind“ (zitiert in ACLU 2001a).

Die Kritiker im Kongress waren bereit, die meisten, wenn nicht alle Ausweitungen der Überwachungsvollmachten zu akzeptieren, und zwar sowohl für geheimdienstliche wie für strafrechtliche Ermittlungen, einschließlich der Pläne, den Austausch von Daten zwischen den getrennten Behörden zuzulassen. Sie bestanden aber darauf, dass die neuen Vollmachten auf terroristische und auswärtige nachrichtendienstliche Daten (wie im *Foreign Intelligence Surveillance Act* festgelegt) beschränkt blieben. Genau gegen eine solche Beschränkung wehrte sich die Bush-Administration jedoch vehement und erfolgreich.

Das neue Gesetz ermöglicht nun, dass auch Individuen, die lediglich der Zusammenarbeit mit Terroristen oder Spionen verdächtigt werden, belauscht

---

und FBI, die im Gefolge der Watergate-Enthüllungen bekannt wurden, 1978 verabschiedet; er trennt strikt zwischen den strafrechtlichen Ermittlungsfunktionen einerseits und den geheimdienstlichen Aktivitäten des FBI andererseits, und legte sehr genau fest, unter welchen Bedingungen die Regierung Verdächtige, die die nationalen Sicherheitsinteressen der USA zu bedrohen scheinen – US-Bürger wie Ausländer – bespitzeln darf. Der USA PATRIOT Act weicht diese Bedingungen auf und erleichtert den Ermittlungsbehörden, die Genehmigung zur Überwachung von Personen zu erhalten, die mit einer ausländischen Geheimdienstoperation in Zusammenhang stehen könnten (Lewis/Johnston 2001; McGee 2001).

werden dürfen, und es befördert, dass Daten zwischen geheimdienstlichen und Strafverfolgungsbehörden ausgetauscht werden. So kann gegen Anti-Kriegs-Demonstranten als Agenten einer fremden Macht ermittelt werden, Greenpeace und andere globalisierungskritische Gruppen können als terroristische Organisationen behandelt werden. Jeder, der gegen die Bombardierung von Afghanistan protestiert, könnte ins Visier der Spionageabwehr geraten.

Zwar ist es dem CIA nach wie vor verwehrt, einheimische Polizeigewalt auszuüben oder US-Bürgern nachzuspionieren. Jedoch werden seine Agenten nun Seite an Seite mit Bundesbeamten arbeiten, die autorisiert sind, Festnahmen und einheimische Strafverfolgung durchzuführen.

Neben den erweiterten Befugnissen der Regierung bezüglich heimlicher Wohnungs- und Bürodurchsuchungen und der Überwachung jeglichen Telefon- und elektronischen Datenverkehrs, sowohl bei Antiterror-Ermittlungen *als auch* in normalen Kriminalermittlungen, bezüglich der Überwachung von Geldgeschäften und beim Zugriff auf elektronische Daten von bzw. über Individuen, enthält das Gesetz weitere einschneidende Bestimmungen:

- Artikel 802 des Gesetzes kreiert ein breit definiertes neues Verbrechen: einheimischen Terrorismus. Dessen macht man sich strafbar, wenn man innerhalb der USA Aktivitäten unternimmt, die gefährlich für menschliches Leben sind, die Gesetze der USA verletzen, und die die Absicht zu verfolgen scheinen, die Zivilbevölkerung einzuschüchtern oder unter Druck zu setzen, oder die Politik der Regierung durch Einschüchterung zu beeinflussen. Folglich können Menschen, die mit Organisationen wie Operation Rescue oder der Environmental Liberation Front zusammenarbeiten, genauso als Terroristen verfolgt werden wie Demonstranten gegen die WTO, deren Handlungen „gefährlich für menschliches Leben“ waren. Globalisierungskritische Demonstranten, die auch nur geringfügiger Sachbeschädigung überführt werden, fallen genauso unter diese Terrorismus-Definition wie Abtreibungsgegner, die zivilen Ungehorsam praktizieren. Auch rein humanitäre Unterstützung für die Nordallianz in Afghanistan könnte als Unterstützung einer terroristischen Organisation gelten. Wer immer einem solchen „einheimischen Terroristen“ Unterstützung gewährt, und sei es auch nur eine nächtliche Unterkunft, kann überwacht und selbst verfolgt werden - aufgrund der neuen Straftatbestände „einem Terroristen Unterschlupf bieten“ oder „materielle Unterstützung für Terroristen bereitstellen“ (Artikel 803) (vgl. ACLU 2001b).

- Innen- und Justizminister können einheimische Gruppen als terroristische definieren, und damit Nicht-Bürger - auch solche mit permanentem Aufenthaltsrecht - die diesen angehören oder sie unterstützen, ausweisen bzw. ihnen die (Wieder-)Einreise verweigern. Nicht-Bürger, die völlig rechtmässige Aktivitäten von Gruppen, die die Regierung für terroristische Organisationen hält - selbst wenn sie sie nie vorher als solche deklariert hat - unterstützen, können verhaftet und ausgewiesen werden. Der Innenminister kann jede Gruppe, die

sich jemals gewalttätiger Mittel bedient hat, als terroristische Organisation definieren – also auch z.B. Operation Rescue, Greenpeace oder People for the Ethical Treatment of Animals. Den nicht-amerikanischen Mitgliedern solcher Gruppen kann die Wiedereinreise verweigert werden, die Zahlung von Mitgliedsbeiträgen kann zum Ausweisungsgrund werden, und zwar unabhängig davon, ob die Beschuldigten überhaupt von der Definition wussten oder ihre Unterstützung sich auf die angeblich terroristischen Aktivitäten der Gruppe bezog. Die ACLU folgert, dass das Gesetz das gravierende Risiko schafft, dass völlig unschuldige Individuen für arglose Verbindungen mit politischen Gruppen, die die Regierung *später* als terroristisch einstuft, deportiert werden (ACLU 2001c). Sie fordert daher, dass die Regierung zumindest deutlich machen müsste, welche Organisationen von Nicht-Bürgern künftig gemieden werden sollten, wenn sie nicht ausgewiesen werden wollen.

– Der Schutz, den der Vierte Zusatz zur US-Verfassung vor Eingriffen in die Privatsphäre, vor ungerechtfertigten Hausdurchsuchungen und Beschlagnahme von Privatgegenständen gewährt, wird durchlöchert, weil nach dem Patriot-Gesetz die Betroffenen nicht mehr benachrichtigt werden müssen.

Menschen – nur weil sie als „mögliche“ Terroristen identifiziert werden – können überwacht, durchsucht, verhaftet und festgehalten werden. Was Wunder, dass selbst Mitglieder des Kongresses, die dem „panischen Gesetz“ (*The Washington Post National Weekly Edition* 2001) zugestimmt haben, sich um die Verletzung von Bürgerrechten sorgen. Der Demokratische Senator Patrick Leahy (Vermont) drückte sein Zögern so aus: „Wir betreten neues und unbekanntes Territorium, denn das Gesetz reißt die traditionelle Barriere zwischen Polizei und Geheimdiensten nieder“ (zitiert in McGee 2001). Die Furcht vor potentielltem Missbrauch ist vor allem bei Schwarzen verbreitet, die sich noch gut an die (damals allerdings immerhin illegale) Überwachung von Martin Luther King und anderen Aktivisten der Bürgerrechtsbewegung durch den FBI erinnern (Barren 2001).

Nun ist es durchaus so, dass bereits vor Verabschiedung des Anti-Terror-Gesetzes in den USA Menschen ohne Anklage festgehalten werden konnten, auch weit über gesetzlich vorgesehene Fristen hinaus. Tatsächlich ist die Zurücknahme der sogenannten „secret evidence“-Regelungen, auf deren Grundlage zahlreiche Menschen vor allem arabischer Abstammung in US-Gefängnissen einsitzen, seit langem wesentliches Anliegen aller muslimisch-amerikanischen Lobby-Organisationen. Nach den Anschlägen am 11. September haben die Behörden sofort 977 Menschen im Zusammenhang mit den Ermittlungen verhaftet. Das Justizministerium gibt die Namen der meisten Verhafteten nicht bekannt, entweder aus Datenschutzgründen im Fall von Einwanderungsvergehen, oder weil es sich um „material witnesses“ handelt (Lewis/Johnston 2001). Die Operation läuft unter grosser Geheimhaltung; die Behörden weigern sich sogar, die Namen der Anwälte bekannt zu

geben, die die Verhafteten verteidigen, oder irgendwelche Informationen über die Operation selbst zu veröffentlichen.

Bis zum 4. November war die Zahl der Verhafteten auf 1.147 gestiegen – die meisten von ihnen Immigranten aus dem Mittleren Osten und Zentralasien. Keiner der Verhafteten wurde wegen der Angriffe vom 11. September angeklagt. Auch nach Wochen sind fast keine Namen bekannt, weder Anwälte, Familien oder Heimatregierungen wissen um die Verhaftungen oder Aufenthaltsorte. Sowohl *Washington Post* als auch *Los Angeles Times* recherchierten Fälle von Verhafteten<sup>5</sup> und stellten dabei ein Muster fest. Viele Individuen, bei denen keinerlei Verbindung zum Terrorismus festgestellt wurde, wurden an die Einwanderungsbehörde INS (*Immigration and Naturalization Service*) übergeben, wo sie auf unbestimmte Zeit festgehalten werden. Auch die Sprecherin des Justizministeriums bestätigte, dass der Mehrzahl der 1.147 Verhafteten Delikte zur Last gelegt werden, die nichts mit den Anschlägen vom 11. September zu tun haben.

Der INS verfügte auch vor dem 11. September über weit reichende rechtliche Kompetenzen. Ausländer, denen illegaler Aufenthalt zur Last gelegt wurde, erfuhren normalerweise binnen 24 Stunden die Anklagepunkte; danach konnten sie allerdings wochenlang festgehalten werden während der INS über die Abschiebung befand. Mit der Anordnung der Abschiebung beginnt meist ein juristischer Prozess, der sich über Jahre hinziehen kann, in denen die Betroffenen gewöhnlich auf freiem Fuß sind. In speziellen Fällen, wo der INS die Betroffenen als gefährlich einschätzt oder Fluchtgefahr geltend macht, konnten sie allerdings auch vor dem 11.9. in Gewahrsam bleiben.

Nach dem 11. September wurden letztere Vollmachten enorm ausgeweitet. Bereits am 17. September trat eine Regulierung in Kraft, die den INS ermächtigte, wegen „außergewöhnlicher Umstände“ MigrantInnen „für eine angemessene Dauer“ festzuhalten, ohne sie spezifischer Delikte anzuklagen. Es blieb dem Justizminister überlassen, zu definieren, was ein „außergewöhnlicher Umstand“ und was eine „angemessene Dauer“ für die Anklageerhebung sei. Das am 26. Oktober verabschiedete Patriot-Gesetz verpflichtet die Regierung zwar, binnen sieben Tagen Anklage gegen die festgenommenen MigrantInnen zu erheben. Aber die meisten der in dieser Verhaftungswelle festgesetzten Menschen bleiben aufgrund eines bemerkenswerten FBI-Dokuments in Haft: unterschrieben von einem hohen internationalen Terrorismus-Beamten aus der Zentrale des FBI in Washington erklärt dieses 7-seitige „Affidavit“ den Richtern im ganzen Land, dass „die Aufgabe der antiterroristischen geheimdienstlichen Informationsbeschaffung in den USA so ähnlich wie die Konstruktion eines Mosaiks“ sei und dass im gegenwärtigen Stadium

---

5 Die *Washington Post* identifizierte 235 Verhaftete, die *Los Angeles Times* 132 (vgl. Goldstein u.a. 2001; Serrano 2001).



der Untersuchung der FBI Tausende von kleinen und kleinsten Informationsstückchen, die auf den ersten Blick unwichtig erscheinen mögen, sammelt“ (Goldstein u.a. 2001). Nach dieser Maßgabe wurden nun Hunderte von Männern aus dem Mittleren Osten festgesetzt - seit dem Zweiten Weltkrieg habe es keine Verhaftungskampagne ähnlichen Ausmaßes gegeben, schreibt die *Washington Post* (ebd.). Verteidiger und Bürgerrechtler sprechen von einer massiven *racial profiling*-Kampagne, wie sie es seit der Internierung der US-Bürger japanischer Abstammung zu Beginn des Zweiten Weltkriegs nicht gegeben hat.

In etwa drei Fünfteln der Fälle, die *Washington Post* und *Los Angeles Times* recherchieren konnten, werden die Betroffenen wegen Einwanderungsvergehen festgehalten. Die meisten kommen ursprünglich aus Saudi-Arabien, Ägypten, und Pakistan; fast alle sind Männer zwischen 20 und 40 Jahren. Sie bleiben in präventiver Haft, während FBI und INS ihr Mosaik zusammenbasteln. Der Tod eines in New Jersey Verhafteten, der sein Visum überzogen hatte und seiner Rückkehr nach Pakistan bereits zugestimmt hatte, nach einem Herzanfall (Sengupta 2001), und die Verprügelung mindestens eines Inhaftierten durch andere Gefängnisinsassen, trugen dazu bei, dass Anfang November eine Koalition von Rechtshilfe- und Immigrationsorganisationen eine *Freedom of Information Act*-Anfrage beim FBI einreichten, mit der sie Informationen über die Verhafteten anforderten (Goldstein u.a. 2001). Allerdings hat der Generalbundesanwalt am 12. Oktober in einem offiziellen Memorandum an alle Regierungsbehörden die etablierte Behandlungsweise von *Freedom of Information Act*-Anfragen revidiert, nach der die Herausgabe von Informationen nur abgelehnt wurde, wenn ein Schaden für die nationale Sicherheit demonstriert werden konnte. Die Behörden wurden instruiert, von nun an Anfragen abzuweisen, wo immer es dafür eine legale Basis gebe (Prados 2001).

Weitere Ausweitungen der INS-Vollmachten besagen, dass MigrantInnen, die sich eines Einwanderungsvergehens schuldig gemacht haben (z.B. ihr Visum überzogen haben), nun unbegrenzt in Haft bleiben können, falls ihr Ursprungsland ihre Rückreise verweigert. Andauernde Haft wird möglich, wo der Justizminister „hinlänglich Grund für die Annahme“ einer Beteiligung an terroristischen oder anderen Aktivitäten hat, die eine Bedrohung für die nationale Sicherheit darstellen. Dazu meint die ACLU, dass „lebenslängliche Haft mindestens auf eindeutiger, bei einer Anhörung etablierter Beweislage basieren sollte, anstatt lediglich auf der Bescheinigung eines Verdachts, der normalerweise lediglich zu einer Straßenkontrolle“ ermächtigt (ACLU 2001d).

Allerdings umgibt das Justizministerium die aktuellen Verhaftungsfälle mit Geheimhaltung, so dass Anwälte und Menschenrechtsvertreter in vielen Fällen nicht einmal die Anklage kennen. Zwei der Verhafteten, die die Einwan-

derungsbestimmungen verletzt haben, wurde bedeutet, dass diese Anklagepunkte fallen gelassen würden, wenn sie sich bereit erklärten, als verdeckte Informanten für das FBI zu arbeiten und terroristische Gruppen zu unterwandern. Da sie dazu nicht bereit waren, bleiben sie in Haft. Die *Los Angeles Times* fand heraus, dass viele der Verhafteten ihre Arbeitsstelle verloren haben, dass ihnen der Besuch von Ehepartnern verweigert wurde, dass sie im Gefängnis misshandelt, und dass einige Angehörige belästigt wurden (Serrano 2001).

### Starker Staat auch in der Wirtschaft?

Die bereits stagnierende US-Wirtschaft rückte durch die realen und psychologischen Effekte der Anschläge des 11. September der Rezession noch einen Schritt näher (vgl. auch den Beitrag von Evans in diesem Heft).

Als Bush das Präsidentenamt antrat, sagten die Haushaltsexperten für 2002 einen Überschuss von 313 Mrd. Dollar voraus. Davon ist nun keine Rede mehr, längst werden Gelder aus der bislang unberührbaren Sozialversicherungskasse abgezogen. Die jüngsten Projektionen des Kongresses gehen davon aus, dass die Regierung den Überschuss der Sozialversicherung beim gegenwärtigen Tempo bis 2011 aufgebraucht haben wird, und damit die Renten der Generation der Baby-Boomers gefährdet (diese Schätzungen berücksichtigen weder die Ausgaben, die wegen der Milzbrand-Attacken notwendig wurden, noch das Wirtschaftsförderungspaket und die mit der Gesetzgebung zur Luftfahrtsicherung einhergehenden Ausgaben; vgl. Grunwald 2001).

Das Wirtschaftsministerium meldete am 31. Oktober, dass das Bruttoinlandprodukt im dritten Quartal mit einer Jahresrate von 0,4% gefallen war, was die erste Stufe einer offiziellen Feststellung, dass eine Rezession vorliegt, gleichkommt. Tags darauf gab es bekannt, dass die Kaufkraft im Monat September um 1,8% zurückgegangen ist. Am 2. November trug das Arbeitsministerium zu den schlechten Nachrichten bei: die Arbeitslosigkeit war im Monat Oktober auf 5,4% gestiegen. Zu den 100.000 Entlassungen in der Luftfahrtbranche kam ein Mehrfaches bei den Zulieferern sowie weitere Entlassungen in den Hotel- und Tourismusbranchen und im Einzelhandel. Die Beschäftigung bei Zeitfirmen sinkt ebenfalls rapide. Sieben Millionen Amerikaner sind bereits arbeitslos – die höchste Zahl seit viereinhalb Jahren. Weitere 4,2 Millionen sind teilzeitbeschäftigt, suchen aber eine volle Beschäftigung (Broder 2001). Ein weiterer Anstieg der Arbeitslosigkeit gilt als sicher. Hauptgrund für den deutlichen Abschwung ist die nachlassende Investitionstätigkeit der Wirtschaft.

Unmittelbar nach den Anschlägen gab es Bemühungen für eine überparteiliche Initiative, die Hilfsmaßnahmen für die betroffenen Wirtschaftsbereiche und zur Ankurbelung der Wirtschaft auf den Weg bringen sollte. Der Demo-

kratische Fraktionsführer im Repräsentantenhaus, Richard Gephardt (Missouri), und der republikanische *Speaker* Dennis Hastert (Illinois) versuchten zunächst, ein gemeinsames Paket zu konzipieren. Um einen breiten Konsens herzustellen, organisierten sie gemeinsame Treffen mit drei Wirtschaftsexperten (Alan Greenspan, dem Vorsitzenden der Federal Reserve; Lawrence B. Lindsay, Bushs Wirtschaftsberater; und Robert E. Rubin, Finanzminister in der Clinton-Administration). Aber diese Treffen machten die tiefen Gräben zwischen den jeweiligen wirtschaftspolitischen Vorstellungen nur deutlicher. Die Demokraten wollten die Wirtschaft vor allem durch Steigerung der Massenkauftkraft ankurbeln - durch Steuerrückzahlungen für untere Einkommensgruppen, die Ausweitung der Arbeitslosenversicherung, Subventionen der Krankenversicherung und staatliche Investitionen in die Infrastruktur bzw. Subventionen für Bauvorhaben. Die Republikaner sehen Wirtschaftswachstum nur als Resultat von Privatinvestitionen, die durch Steuerkürzungen und niedrige Steuersätze unterstützt werden sollen. Solche Maßnahmen hatten sowohl die Bush-Administration als auch die Republikaner im Kongress bereits vor dem 11. September erwogen (Kessler/Eiperin 2001). Lindsey empfahl dementsprechend eine massive Senkung des Unternehmenssteuersatzes, um das Vertrauen der Öffentlichkeit wiederherzustellen, während Rubin das Kaufverhalten der Konsumenten als den Schlüssel zum Wiederaufschwung präsentierte. „Ich bin im Beirat der Ford Motor Company, und ich sehe, dass keine Nachfrage da ist!“ versuchte er, die Republikaner zu überzeugen.

Im Gegensatz zur ersten Steuerkürzungsrunde unter Bush, als die Republikaner noch beide Kammern kontrollierten, sieht sich Bush nun einem demokratisch kontrollierten Senat gegenüber und steht, sowohl wegen seiner Kriegsführung als auch wegen der Wirtschaftslage unter starkem Druck, den Demokraten entgegenzukommen. Also zeigte er sich zunächst offen für eine von ihm bislang strikt abgelehnte Steuerrückzahlung für Niedrigverdiener in Höhe von 300 Dollar. Die Strategie, die Demokraten einzubinden, ging jedoch nicht auf (Kessler/Eilperin 2001).

Am 24. Oktober verabschiedete das Repräsentantenhaus mit knappster Mehrheit (216:214) und entlang der Parteilinien einen Gesetzesvorschlag zur Ankurbelung der Wirtschaft, der stark auf Steuerkürzungen für Firmen und Individuen in den hohen Einkommensklassen abzielt. Von den etwas über 100 Mrd. Dollar sollen 64% an große Unternehmen gehen in Form von reduzierten Gewinnsteuern, schnellere Abschreibungen von Investitionen, oder als Rückzahlungen der Minimalsteuern, die sie in den letzten Jahren gezahlt haben - ohne jede Auflage bezüglich Investitionen. Vor allem die letztgenannte Steuerrückzahlung (25 Mrd. Dollar) erboste die Demokraten sowie viele Kommentatoren, ist sie doch ein auflagenfreies Geschenk an 30 Großkonzerne, u.a. 1,4 Mrd. Dollar für IBM und 670 Mio. Dollar für General Electric, eine kaum verhüllte Belohnung für ihre Wahlkampfunterstützung

(Meyerson 2001; Kuttner 2001). Die nächste große Empfängergruppe sind die Großverdiener, deren Steuerkürzungen ca. 19% des Pakets ausmachen – und das, obwohl die Steuererleichterungen, die Bush dieser Gruppe im Frühsommer hat zuteil werden lassen, bislang keine die Rezession aufhaltende Wirkung gezeigt haben. Nur 13% des Pakets sind für Steuerkürzungen für Klein- und Mittelverdiener vorgesehen. Damit bleiben ganze 3% für Zuwendungen und Steuererleichterungen für die neuen Arbeitslosen. Für letztere sah der Republikanische Entwurf weiterhin ein kompliziertes Angebot vor, mit der Möglichkeit, den Leistungsbezug in den drei am stärksten betroffenen Staaten (New York, New Jersey und Virginia) zu verlängern, und der Bereitstellung von 9 Mrd. Dollar für Unterstützungsleistungen an Arbeitslose durch die Einzelstaaten – falls sie solche gegen ihre jeweiligen Unternehmenslobbys durchsetzen können.

Den Demokraten gingen die in diesem Gesetzentwurf vorgesehenen Steuerkürzungen zu weit, sowohl vom Umfang her als auch was spezifische Kürzungen angeht, die auf Großkonzerne und die Großverdiener zielen. Sie forderten, dass das Paket sich stärker den Investitionen und den Staatsausgaben sowie der Unterstützung der neuen Arbeitslosen widmen sollte. Im Demokratisch dominierten Senat haben sie eine Vorlage eingebracht, die stärker auf die Unterstützung der wegen der stockenden Wirtschaftslage entlassenen Arbeiter und arme Familien abzielt. Sie versuchten sogar, die Idee einer öffentlichen Beschäftigung (*public works*) wiederzubeleben. Die Demokratische Vorlage sieht 10 Mrd. Dollar für Investitionen im Verkehrsbereich (je 5 Mrd. für Straßenerneuerung und für den Ausbau bzw. Verbesserung des öffentlichen Verkehrs) vor. Harry Reid, der *Senate Majority Whip* (Demokrat, Nevada), der die Vorlage eingebracht hat, behauptet, jede Milliarde, die in Straßen und Infrastruktur investiert werde, schaffe 42.000 Arbeitsplätze (Pinkston/Gavin 2001). Für die Arbeitslosen favorisiert der Demokratische Entwurf eine Verlängerung der maximalen Bezugsdauer (von 26 Wochen auf 39 Wochen), eine Aufstockung der Leistungen (von durchschnittlich 230 Dollar pro Woche auf 255 Dollar) und eine Ausweitung der Bezugsberechtigung auch auf (vormals) Teilzeitbeschäftigte und Niedrigverdiener. Lediglich Senator Ted Kennedy und der Abgeordnete Barney Frank (beide aus Massachusetts) forderten weitergehende staatliche Investitionen und wagten es, die von Bush gewünschten Steuersenkungen frontal zu attackieren. Kennedy schlug ein weit umfangreicheres Konjunkturprogramm vor, das auch Mittel für die unter Druck geratenen Einzelstaaten und Städte bereitstellen sollte, damit diese trotz sinkender Einnahmen ihre Sozialprogramme weiterführen können (Kuttner 2001).

Bush argumentierte erwartungsgemäß, dass die Regierung bereits genug neue Mittel für die Wirtschaftserholung bereit gestellt hätte, und dass das Paket zur Ankurbelung des Wachstums eher auf Steuerkürzungen ausgerichtet sein

sollte (Balz 2001). Er forderte den Kongress auf, sich bis Ende November 2001 auf ein Konjunkturprogramm zu einigen.

Die wirtschaftspolitischen Differenzen zwischen Demokraten und Republikanern zeigten sich auch in der Frage der öffentlichen Unterstützung der Flug- und Versicherungsgesellschaften. Zwar einigte man sich auf 15 Mrd. Dollar an Unterstützung für die Fluggesellschaften, die dennoch 100.000 Entlassungen ankündigten und 20% der Flüge strichen, aber den Republikanern widerstrebt die wachsende Rolle des Staates. Für die Versicherungsindustrie wurde daher ein auf zwei Jahre angelegter Plan entwickelt, der vorsieht, dass die Industrie bei Versicherungsleistungen aufgrund terroristischer Anschläge 10 Mrd. Dollar pro Jahr zahlen würde, bevor öffentliche Mittel zum Einsatz kommen.

Noch deutlicher wurden die grundsätzlichen Differenzen zwischen Republikanern und Demokraten bezüglich der Rolle der Bundesregierung in der Frage der Verbesserung der Flug- und Flughafensicherheit. Nach einer aktuellen Umfrage der *Washington Post* favorisieren immerhin 82% der Bevölkerung, die Flughafensicherheit in die Hände des Bundes zu übergeben (Meyerson 2001). Folglich verabschiedete der Senat – in seltener Einstimmigkeit (100:0) – einen Gesetzentwurf, nach dem alle Gepäck- und Personenkontrolleure Angestellte des Bundes würden. Gegenwärtig sind die ca. 28.000 Kontrolleure fast ausschließlich Niedriglohn-Beschäftigte ohne gewerkschaftliche Vertretung, ohne Aufstiegsmöglichkeiten, und mit einer durchschnittlichen Verweildauer von sechs Monaten.

Das Repräsentantenhaus verabschiedete dagegen zunächst eine recht anders gelagerte Version, nachdem Bush und die privaten Sicherheitsfirmen massiven Druck ausübten. Danach wäre die Bundesregierung zwar für Flughafensicherheit verantwortlich, aber mit der Durchführung würden private Auftragnehmer betraut, die allerdings nicht mehr den Fluggesellschaften, sondern der Bundesregierung gegenüber Rechenschaft schuldig wären. Bush begründete diesen Ansatz damit, dass er es einfacher mache, „diejenigen Angestellten, die den neuen rigorosen Standards nicht gerecht werden, zu disziplinieren oder zu feuern“ (zitiert in Balz 2001).

Den Republikanern missfiel, dass der Senatsvorschlag die Zahl der staatlichen Angestellten erhöhen und die Gewerkschaften des Öffentlichen Diensts stärken würde. Allerdings bedeutete jede Verzögerung durch notwendige Verhandlungen im Vermittlungsausschuss einen Nachteil für die Republikaner – vor allem falls es in der Zwischenzeit zu Sicherheitsproblemen wegen der unzureichenden Kontrollen durch private *rent-a-cop*-Firmen kommen sollte (Milbank/Eilperin 2001). Der Druck, in den Verhandlungen schnell zu einer Einigung zu kommen, war also deutlich.

Die Republikaner gaben letztlich ihre Einwilligung zur (wenigstens teil- und zeitweisen) „Verstaatlichung“ des Sicherheitspersonals – allerdings um den

Preis der Aufnahme von einwanderer- und gewerkschaftsfeindlichen Bestimmungen: alle binnen eines Jahres von der Bundesregierung neu einzustellen den 28.000-29.000 Kontrolleure müssen amerikanische Staatsbürger sein<sup>6</sup> und haben kein Streikrecht. Die Demokraten schluckten diese arbeitnehmerfeindliche Bestimmung, weil ihnen die Aufnahme der Kontrolleure in den öffentlichen Dienst als zentraler Durchbruch erschien (Pear 2001).

Der vom Demokratischen Senator Ernst Hollings (South Carolina) ausgearbeitete Kompromiss enthält einige Zugeständnisse an die Republikaner. Fünf Flughäfen verschiedener Größe können in Pilotprojekten auch private oder teilstaatliche Flughafensicherungsmodelle testen. Nach drei Jahren können auch andere Flughäfen beim Transportministerium die Zulassung solcher Modelle beantragen (ebd.). Die Verstaatlichung der Flughafensicherung ist möglicherweise nur auf Zeit erfolgt.

### Proteste gegen Krieg und Sicherheitsstaat

Während unter dem unmittelbaren Eindruck der Anschläge nur eine Kongressabgeordnete, die Demokratin Barbara Lee aus Berkeley und Oakland, Kalifornien, gegen die breit formulierte Autorisierung gewaltsamer Maßnahmen gegen den internationalen Terrorismus gestimmt hat<sup>7</sup>, werden vor allem von globalisierungskritischen Bewegungen, von Gewerkschaftern, Menschenrechtsgruppen und Kirchenvertretern zahlreiche Antikriegsdemonstrationen organisiert (für einen Überblick vgl. z.B. [www.PeaceNoWar.net](http://www.PeaceNoWar.net) und [www.z-net.org](http://www.z-net.org)).

Auch gegen die neuen Sicherheitsgesetze regt sich Widerstand. Bürgerrechtsgruppen bildeten binnen Tagen eine breite Koalition – Organizations in Defense of Liberty – um dafür Sorge zu tragen, dass nicht nur die Sicherheit der Bürger, sondern auch ihre Freiheiten geschützt werden (vgl. [www.indefenseoffreedom.org](http://www.indefenseoffreedom.org)). Eine Wiederherstellung der Machtbalance ist damit noch nicht eingeleitet, aber möglicherweise müssen wir nicht auf Verfassungsklagen gegen den USA PATRIOT Act warten – deren Aussichten bei dem konservativ besetzten Supreme Court wohl ohnehin fraglich wären.

---

6 Eine solche Bedingung gilt nicht einmal für die Streitkräfte, dort dienen gegenwärtig 48.000 Nichtbürger.

7 Einen Monat später forderte der Stadtrat von Berkeley die US-Regierung auf, die Bombardierung Afghanistans zu stoppen – die erste Verurteilung der Bush-Administration durch eine lokale Regierung.

## Literatur

- ACLU (American Civil Liberties Union) (2001a): How the Anti-Terrorism Bill Enables Law Enforcement Authorities to Circumvent the Privacy Protections Afforded in Criminal Cases, [www.aclu.org/congress/1102301i.html](http://www.aclu.org/congress/1102301i.html) (28.Okt. 01).
- ACLU (American Civil Liberties Union) (2001b): How the Anti-Terrorism Bill Would Convert Dissent into Broadly Defined 'Terrorism', [www.aclu.org/congress/1102301d.html](http://www.aclu.org/congress/1102301d.html) (28.Okt. 01).
- ACLU (American Civil Liberties Union) (2001c): How the Anti-Terrorism Bill Allows For Detention and Deportation of People Engaging in Innocent Associational Activity, [www.aclu.org/congress/1102301h.html](http://www.aclu.org/congress/1102301h.html) (28.Okt. 01).
- ACLU (American Civil Liberties Union) (2001d): How the Anti-Terrorism Bill Permits Indefinite Detention of Immigrants Who Are Not Terrorists, [www.aclu.org/congress/1102301e.html](http://www.aclu.org/congress/1102301e.html) (28.Okt. 01).
- Balz, Dan (2001): Bush Seeks Airline Security Bill But Not Senate's, *Washington Post*, 28. Okt., A10.
- Barren, Jonetta Rose (2001): Doubts about the War. Many blacks disagree with broad-brush definitions as well as fear the potential for abuse, *The Washington Post Weekly Edition*, 5-11. Nov., S.22.
- Broder, David S. (2001): Fighting over the Economy, *The Washington Post Weekly Edition*, 5-11. Nov., S.4.
- Eggen, Dan, und Jim McGee (2001): FBI Rushes to Remake its Mission. Counterterrorism Focus Replaces Crime Solving, *Washington Post*, 12. Nov., S. A01.
- Goldstein, Amy; Marcia Slacum Green; und George Lardner Jr. (2001): A Deliberate Strategy of Disruption. Massive, Secretive Detention Effort Aimed Mainly at Preventing More Terror, *Washington Post*, 4. November, S. A01.
- Grunwald, Michael (2001): Terror's Damage: Calculating the Devastation Measured in Dollars and Disruption, *Washington Post*, 28. Okt., A12.
- Halperin, Morton H. (2001): Less Secure, Less Free, *The American Prospect*, Vol. 12, No. 20, 19. Nov.
- Kessler, Glenn, und Juliet Eiperin (2001): Old Rivalries Stall Plan to Lift Economy, *Washington Post*, 30. Okt., A01.
- Krim, Jonathan, and Robert O'Harrow Jr. (2001): Bush Signs Into Law New Enforcement Era, *Washington Post*, 27. Okt., A06.
- Kuttner, Robert (2001): After the War: the Big Questions, *The American Prospect*, Vol. 12, No. 19, 29. Oktober.
- Lewis, Neil A., and David Johnston (2001): Jubilant Calls on Sept. 11 Led to FBI Arrests, *New York Times*, 28. Okt.
- McGee, Jim (2001): An Intelligence Giant in the Making. Anti-Terrorism Law Likely to Bring Domestic Apparatus of Unprecedented Scope, *Washington Post*, 4. Nov., S. A04.
- Meyerson, Harold (2001): In war and peace, Republicans replenish the rich, *LA Weekly*, 2.-8. November.
- Milbank, Dana, and Juliet Eilperin (2001): GOP under Gun on Airport Security, *Washington Post*, 3. Nov., S. A07.
- Pear, Robert (2001): Congress Agrees to U.S. Takeover for Air Security, *New York Times*, 16. Nov.
- Pinkston, Will und Robert Gavin (2001): Congress Weighs Transportation Projects, *Wall Street Journal*, 22. Okt.
- Prados, John (2001): Democracy 0, Terrorism 1: The Bush Administration's Secrecy Policies, *The American Prospect Online*, 6. Nov.
- Safire, William (2001): Seizing Dictatorial Power, *New York Times*, 15. November.
- Sengupta, Somini (2001): Ill-Fated Path to America, Jail and Death, *New York Times*, 5. Nov.
- Serrano, Richard A. (2001): The Detainees. Isolation, Secrecy Veil Most Jailed in Roundup, *Los Angeles Times*, 4. Nov.
- Toner, Robin, and Neil A. Lewis (2001): White House Push on Security Steps Bypasses Congress, *New York Times*, 15. November.
- Wall Street Journal (2001): Bush Signs Antiterrorism Bill Into Law; Officials to Begin Surveillance Immediately, Editorial, 26. Okt.
- Washington Post Weekly Edition (2001): Editorial, 5-11. Nov., S. 25.